

Ostmagistrat entführt Quadriga

Nächtlicher Abtransport / Faule Ausreden / Erklärung des Senats

Berlin (Eigenbericht). Die Ostberliner Verwaltung habe am Sonnabendnachmittag beschlossen, die Quadriga vom Pariser Platz zum Hof des Marstalls am Lustgarten zu transportieren, weil es „zweckmäßiger erschien, die notwendigen Kontrollen und Messungen in Ruhe vornehmen zu können“. Diese Erklärung gab am Montag der Ostberliner Stadtbaudirektor Gisske einem Vertreter des Westberliner Amtes für Denkmalspflege auf die Frage nach den Gründen für den nächtlichen Abtransport der Quadriga vom Pariser Platz, der entgegen allen Abmachungen völlig überraschend vorgenommen worden war.

Die Bevollmächtigten aus beiden Teilen der Stadt, der Leiter des Westberliner Amtes für Denkmalspflege, Konwiarz, und der Direktor der Ostberliner Bauausstellung, Mayer, waren übereingekommen, die Quadriga teile so lange auf dem Pariser Platz stehenzulassen, bis in etwa zehn Tagen die eigentliche Montage beginnt. Auf die Vorkhaltung des Vertreters des Amtes für Denkmalspflege, daß der Abtransport der Quadriga vom Pariser Platz demnach der getroffenen Vereinbarung widerspreche, erklärte Gisske am Montag, Direktor Mayer habe an der Konferenz, in der dieser neue Beschluß gefaßt wurde, nicht mehr teilgenommen, da er in Urlaub gegangen sei.

Der Ostberliner Stadtbaudirektor bestätigte, daß die Quadriga auf dem Brandenburger Tor aufgestellt werden soll, allerdings könne er über den Termin noch keine Auskunft geben. In der Montagsausgabe des „Neuen Deutschland“ heißt es in einer Erklärung des Ostberliner Magistrates: „Die aus Westberlin überbrachten Teile der Quadriga sind in der Nacht zum Sonntag in den ehemaligen Marstall gebracht worden, wo sie bis zu ihrer Aufstellung auf dem Brandenburger Tor verbleiben werde. Über die dazu erforderlichen weiteren Maßnahmen wird der Magistrat in seiner nächsten Sitzung beraten.“

Der Westberliner Beauftragte wurde dann von Gisske an den Vertreter von Direktor Mayer

Abtransport sorgfältig vorbereitet

Die auf der Mittelpromenade der Straße Unter den Linden unmittelbar am Pariser Platz aufgestellte Quadriga war in der Nacht zum Sonntag ohne jegliche Ankündigung in aller Stille abtransportiert worden. Die Quadriga wurde im Hof des Marstalls aufgestellt. Der sorgfältig vorbereitete Abtransport dauerte nur zwei Stunden. Völlig überrascht waren zahlreiche Berliner aus beiden Teilen der Stadt, die am Sonntagnachmittag einen Ausflug zum Brandenburger Tor machten, um sich die neue Quadriga anzusehen. Denn noch in den Ostberliner Sonntagszeitungen hieß es, daß die Quadriga bis zum Montag auf dem Pariser Platz bleibt. Die Posten der Volkspolizei, um die sich Diskussionsgruppen bildeten, erklärten den empörten und überraschten Berlinern, daß an der Quadriga „etwas nicht in Ordnung“ gewesen sei.

Der Amtierende Bürgermeister Franz Amrehn bezeichnete den Abtransport des Standbildes als eine grobe Verletzung der getroffenen Abreden. Ein Grund für diesen Schritt sei nicht gegeben.

Der Transport der Quadriga in den Marstall sei ein offener, von östlicher Seite auch nicht

verwiesen, der jedoch erklärte, daß alle Entscheidungen in Sachen Brandenburger Tor beim Stadtbaudirektor Gisske und Direktor Mayer lägen. Von ihm als Stellvertreter könnten irgendwelche Anordnungen nicht getroffen werden. Ein Termin über die geplante Beratung und Mitwirkung des Amtes für Denkmalspflege war von den Ostberliner Stellen nicht zu erhalten.

bestrittener Bruch der zwischen den Beauftragten getroffenen Vereinbarungen und in jedem Falle rechtswidrig. Dies stellte der Berliner Senat in einer Erklärung fest.

Es wird darauf hingewiesen, daß noch vor der Anlieferung der Quadriga das Verlangen nach einer förmlichen Verwaltungsübergabe zur freien Verfügung über das Werk abgelehnt und daraufhin die Übergabeverhandlung nicht mehr zur Voraussetzung der Inbesitznahme gemacht worden ist. Hiernach haben, so heißt es in der Erklärung weiter, die Stellen im Ostsektor lediglich das Recht zur unverzüglichen Aufstellung der Quadriga auf dem Tor. Jede andere Verwendung oder Verbringung bedeute eine Rechtsverletzung. Die Anlieferung der Quadriga erfolgte mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß sie nach der Abstellung auf dem Pariser Platz zügig auf das Tor gebracht wird. Der Hinweis, daß Mängel an der Quadriga zu beseitigen seien, könne nicht ernst genommen werden, da noch am Sonnabend Friedrich Ebert seine Anerkennung über die hervorragende Arbeit der Westberliner Bildgießerei ausgesprochen habe.

Uneiniger Westen

K. W. B. In der vorigen Ausgabe haben wir an dieser Stelle die Hoffnung ausgesprochen, daß die Westmächte genügend Muße und Kraft finden möchten, um Chruschtschow auf dem Treffen der Regierungschefs ein gemeinsames Programm entgegenszustellen: Ein Programm, das nach vorn weist, also ein Programm, das sowohl der Sache der Völker im Vorderen Orient dient, wie dem sowjetischen Imperialismus widerstrebt. Die Woche, die inzwischen verstrichen ist, hat einen kaum noch zu übersehenden Schwarm von Konferenzen, Reisen, Besprechungen und Noten zwischen den westlichen und vorderöstlichen Hauptstädten gebracht, aber sie hat die Hoffnung auf den einigen Westen eher getrübt als erhellt. In den Kommunikés der Besprechungen zwischen Adenauer und Dulles, zwischen Couve de Murville und dem Bundeskanzler, zwischen Dulles und Macmillan, zwischen Fanfani und Eisenhower, zwischen Macmillan und Fanfani, ebenso wie in der Schlußbilanz zur Londoner Bagdad-Konferenz war viel von der „Übereinstimmung“ die Rede, in der sich die Partner der Allianzen befunden haben. Wenn solche Feststellungen von der Übereinstimmung auch objektiv richtig sein mögen, so haben sie doch noch eine andere Seite gezeigt: Die Vorstellungen von dem, was man im Nahen Osten mit oder gegenüber den Sowjets nun unternehmen sollte, sind in dem Grade wieder voneinander abgewichen, in dem die unmittelbare Gefahr kleiner wurde und mehr und mehr zu weichen schien.

Noch heute weiß niemand mit Genauigkeit zu sagen, wann, an welchem Ort, mit welchen Teilnehmern und mit welcher Tagesordnung die Konferenz der Regierungschefs stattfinden wird. Und daß dies so ist, ist jetzt nicht einmal mehr die Böswilligkeit der Sowjets, sondern nicht zum wenigsten den unklaren und teilweise bewußt entgegengesetzten Konzeptionen unter den Partnern des

Westens zuzuschreiben. Die Rücksicht auf den Tagungstermin muß keineswegs ein Anlaß zur blinden Einigkeit sein.

Die sowjetische Vorbereitungstaktik hat denn auch auf diesem Klavier gespielt. Chruschtschow hatte in seinen vielen Briefen, die über die Grenzen wanderten und seine westlichen Adressaten zu einem atemberaubenden Tempo der Äußerungen und Gegenäußerungen zwangen, zuerst regelmäßig Eisenhower mit Breitseite von Beschuldigungen zugedeckt, Englands Premierminister Macmillan aber ungleich sanfter behandelt und ihn in seiner Initiative für eine Gipfelkonferenz ermutigt. Im letzten Brief aber sieht sich Macmillan, der beinahe zum Brückenbauer eines westöstlichen Gesprächs geworden war, mit noch härteren Anschuldigungen als der amerikanische Präsident angesprochen. Inzwischen war nun offenkundig geworden, daß Frankreichs neuer Ministerpräsident de Gaulle seinen Extratanz nicht nur als einen individuellen Beitrag zu einer gemeinsamen Diskussion gemeint hatte, sondern starr auf seinem Sonderwunsch verharrte. So günstig hatte Moskau noch niemals das Gegeneinander im westlichen Lager vorgefunden. Es schaltete, ohne natürlich auf die detaillierten Verhandlungsrezepte de Gaulles einzugehen oder sie gar zu respektieren, brüsk auf die vermeintlich besser stehende Karte Frankreichs.

Die westlichen Regierungschefs haben noch niemals an einem Verhandlungstisch mit de Gaulle gesessen. Sie kennen ihn aus Zeiten, da Frankreich, von Hitler-Deutschland bedrängt, in Not war und der Soldat de Gaulle die französische Fahne mit der westlichen Hilfe fanatisch und leidenschaftlich wieder aufpflanzen wollte. Das politische Experiment de Gaulles, das vierzehn Jahre später Freund und Gegner im Herzland der europäisch-atlantischen Gemeinschaftsanstrengungen mit Hoffnung und Sorge verfolgen, ist erst angelaufen. Wir glauben, daß das Frankreich, in dem sich jetzt das Unternehmen de Gaulle und möglicherweise das

noch kritischer zu betrachtende Soustelles abspielt, zu früh vor außen- und weltpolitische Auseinandersetzungen dieser Art gestellt wird. Da sich ein Land aber nicht den Zeitpunkt aussuchen kann, zu dem es um seine Mitwirkung an weltpolitisch entscheidenden Fragen ersucht wird, hätte es Frankreich wohl angedanden, wenn es sich hier dem Rat seiner starken und entschiedenen Freunde und Verbündeten mehr angeschlossen hätte, als auf eine spezielle, den französischen Anteil stärker als das allgemeine westliche Interesse betonende Lösung auszugehen.

Im letzten Brief Eisenhowers an den sowjetischen Regierungschef steht der gewichtige Satz, man müsse sich gegen die Versuche verwahren, eine ähnliche „Diktatur der Großmächte“ anderswo zu errichten, wie sie bereits in Osteuropa bestehe. Das wirkliche Problem für die Tagung in den Vereinten Nationen sei „die Drohung anderer, mit einer weiteren indirekten Aggression gegen unabhängige Staaten“. Die „indirekte Aggression“ ist in der Tat das Problem, daß Moskau der Welt stellt. Und gegen sie müßte es ein westliches Gemeinschaftsprogramm geben; denn solche „indirekte Aggression“ trifft jeden westlichen Staat, so weit er von der sowjetischen Hauptstadt auch entfernt sein möge und wie wenig er auch bisher Ärgernis von der Sowjetunion erfahren haben mag.

Von Frankreich hatte man bislang stets den Eindruck, daß es sich solcher Bedrohungen bewußt ist. Gewiß hat es diese Erfahrung auch heute nicht vergessen. Fraglos aber sind in dem um eine innere Gesundung ringenden Zentralland Europas unbestimmte Erwartungen im Umlauf, wonach man dem großen atlantischen Bruder und Helfer nicht immer sogleich auf dem Fuße folgen müsse. Das tut der eigenständigen Kraft der europäischen Initiative gut. Doch in der harten Stunde der Entscheidung über Leben und Tod muß man sich einig sein mit dem, der die härteste Last der gemeinsamen Sache trägt.

Ruhe im Lande Nassers

Nahost-Krise bringt Ägypter nicht aus dem Gleichgewicht — Man tanzt weiter

V. Kairo (Eigenbericht). Die Öffentlichkeit in Ägypten ist noch immer abgeschnitten von den Brennpunkten des Geschehens in Irak, Libanon und Jordanien. Wir sahen zwar die drei irakischen Minister an Nassers Seite bei der großen Rede auf dem „Platz der Revolution“ zum 6. Jahrestag der ägyptischen Revolution am Abend des 22. Juli. Aber diese Minister erzählten der Öffentlichkeit nicht, was geschehen war und was geschehen wird. Sie reisten wieder ab, ohne daß die Menschen hier in hektische Erregung verfielen oder aber beruhigter wären als zuvor. Denn dazu konnte auch Nassers auffallender Verzicht auf rhetorische Wirkung seiner Rede nicht beitragen — er winkte Sprechchören leicht nervös und verbindlich lächelnd ab und erhob nie seine Stimme zu mitreißender Lautstärke.

Sonderbare Reaktion

Überhaupt war die Reaktion in Kairo auf die letzten Vorgänge in den arabischen Staaten äußerst sonderbar. Die ersten Tage herrschte über die Ereignisse in Irak ungehemmte Freude und Genugtuung, das Volk ballte sich im Gespräch und vor dem Rundfunk zusammen, abends, wenn die erste Brise über die schwellenden Nilwasser streicht und sich alles, Kind und Kegel, Melonen-, Lakritzenwasser- und Eisverkäufer auf den Nilwiesen sammeln und in dieser Massierung ein anschauliches Bild von der Geißel Ägyptens, der Überbevölkerung, vermitteln.

Dann aber kam die amerikanische Landung in Libanon, die englische in Jordanien. Das Stimmungsthermometer am Nil sank auf den Nullpunkt. Noch zu frisch ist die Erinnerung an Suez und obgleich dieser „Krieg“ in europäischen Augen wie ein Mückenstich war, so hat man doch hier seitdem genug von „dauscha“, wie die Araber zu aller Art Händel, ob groß oder klein, sagen. Auch war ja Nasser nicht da, man vermutete ihn auf seiner Jacht „Horreya“ im lieblichen Mittelmeer schau-

kelnd und demonstrierend: ich war ja gar nicht da, kann's also nicht gewesen sein! Und nicht nur die Öffentlichkeit vermutete dies, auch die Minister und Offiziere, die sich am 18. Juli, am Quai in Alexandrien einfanden, um ihn dort zu erwarten. Die Minister und Offiziere hatten zu diesem Zweck das Strandleben, das sie im Sommer samt Familie in Alexandrien und Port Said führen, aufgegeben und die Badehose mit Uniform oder Gehrock vertauscht. Aber Nasser kam nicht! Er war längst in Moskau gewesen und nun in Damaskus.

Weil sie nichts hörten...

So fühlte man sich in Kairo — ohne ihn — wie ein halbwüchsiger Sohn ohne Vater, wenn nicht wie ein Waisenkind. Man erging sich, ohne viel eigenen Kommentar, in Wiedergaben von dem, was andere gesagt hatten. Ein Leutnant aus der Begleitung eines irakischen Ministers hatte, laut ägyptischer Presse, in Bagdad erklärt, Faisal sei gar nicht er-

schossen worden, sondern an einer Ohrfeige gestorben, die ihm sein Onkel Abdul Illah verabfolgt hätte, just in dem Augenblick, da sich der junge König ergeben wollte. Faisal solle sowieso herzkrank gewesen sein. Eine Version von vielen über das Ableben des jungen Herrschers, die zum mindesten für sich hat, daß die „Schuld“ — wenn man von einer solchen sprechen will — an Faisals Tode auf seine eigene Umgebung zurückfällt. Es machte hier in Kairo nichts aus, daß später die Zeitung „Ahram“ den nunmehr in der ganzen Welt verbreiteten Bericht über Faisals Tod durch Kugeln gebracht hatte.

Eine gespenstische Ruhe lastete und lastet bis heute über Kairo. Eine Ruhe, auf Unwissenheit begründet. Wer weiß, was Nasser in Moskau besprach? Wer weiß, was die irakischen Minister erzählten? Eines steht fest: Im Volke ist Rußland als Retter — wie damals in der Suezkrise — in aller Mund.

Aufgeschleicht aus Europa heimgekehrt

Diese — äußerliche — Ruhe wirkte auf manche Menschen geradezu einschläfernd. Amerikanische Touristen, eine ganze Gruppe, flogen noch am 22. Juli nach Amman — Jerusalem. Die hier nunmehr sprichwörtlich gewordene Angstlichkeit der Touristen vor dem Mittleren Osten wurde in diesem Falle offenbar von der Befürchtung, das eingezahlte Geld einzubüßen, überwunden. Um so aufgeschreckter trafen die Europaulauber wieder in Ägypten ein und berichteten, daß noch in Rom Freunde sie weinend von der Rückkehr in unser Pulverfaß hier abzuhalten versucht hätten. Und Hotelsekretärinnen malen ausländischen Reisenden den schwarzen Mann an die Wand, indem sie sagen: „Bemühen Sie sich, nicht wie ein Engländer auszusehen!“ — Dabei ist Kairo ruhig, die Taxichauffeure freundlich, die Bevölkerung, ihrer einfachen Geistesart gemäß, unbekümmert. Die oberen Zehntausend tanzen des Nachts,

soweit sie nicht am Strand des Mittelmeeres liegen, auf der Terrasse des „Semiramis-Hotel“ zu einer vorzüglichen italienischen Kapelle, die letztes Jahr in Düsseldorf spielte, oder unter den Palmen und rotblühenden Flamboyants der vielen Clubs zu den Melodien griechischer und italienischer Schlagersänger, die die letzten französischen Chansons und amerikanischen Songs in die glühende afrikanische Nacht schmettern.

Reinefarth heurlaubt

Westerland/Sylt (Gpa). Der Magistrat der Stadt Westerland auf Sylt hat beschlossen, Bürgermeister Heinz Reinefarth auf seinen Antrag hin bis zum Schluß der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Flensburg, längstens jedoch auf drei Monate, von der Führung der Dienstgeschäfte zu befreien. Die Staatsanwaltschaft prüft gegenwärtig Anschuldigungen, die aus der Sowjetzone gegen Reinefarth erhoben wurden.

Die SED verlangt „glühenden Haß“

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Außenpolitische Ereignisse scheinen für die SED willkommenen Anlässe zu sein, von innenpolitischen Vorgängen abzulenken und die Massen in Bewegung zu halten. Vor allem hat die Kampfpapare „Die Bundesrepublik einholen und überholen“ viel Heiterkeit bei der Bevölkerung ausgelöst.

MAGDEBURG

Syrischer Student im Karl-Liebknecht-Werk: Auf einer Kundgebung in diesem Großbetrieb der Schwerindustrie fand eine Solidaritätskundgebung für den Libanon und Jordanien statt. Die „Magdeburger Volksstimme“ berichtete, der Student habe erklärt: „Während von den westdeutschen Flugplätzen ununterbrochen Flugzeuge mit ihrer todbringenden Last nach dem Libanon, nach Syrien und dem Irak geschickt werden, erhalten wir von den Menschen der DDR Solidarität und Hilfe.“

Als Neueingänge für den Herrn meldet das HO-Geschäft Industriewaren in der Wilhelm-Pieck-Allee in Magdeburg Halbschuhe, schwarz, italienische Form ab 79,80 DM, Halbschuhe, braun, Box calf mit Poró, 93 DM. Billiger geworden ist Fisch, 500 g Rotbarsfilet kosten 1,84 DM, 500 g Kabeljau 1,40 DM.

Bis zum 2. August ist im Kristallpalast eine Ausstellung zu sehen, mit der junge Leute zur Volksarmee gewonnen werden sollen. Kostenlos gibt es Filmvorführungen „Waffen in unserer Hand“, „Vier Jungens, ein Panzer und ich“. Vor dem Kristallpalast sind Vierlingsflaks und Granatwerfer aufgestellt.

MEISSEN

Fortschrittliche Plastiken erwünscht. Zum 250jährigen Bestehen der Meißener Porzellanmanufaktur verpflichtete sich das Kollektiv des Zimmers E 32 — so berichtet die Betriebszeitung dieses Werkes —, die Großplastik „Jungbäuerin“ fertigzustellen.

Hausbücher zur Kontrolle. Die Volkspolizeidienststellen haben angeordnet, die Hausbücher, in denen jeder Besuch und jede Abwesenheit eingetragen werden sollen, zu überprüfen. Bei einer Durchsicht sei aufgefallen, daß sehr wenig Reisen nach Westberlin aufgeführt werden. Die Hausobleute wurden angewiesen, die Hausbücher genauestens zu führen.

LEIPZIG

„Tanz mit den drei Ullis und ab 24 Uhr Weinzwang“, das inseriert in der „Leipziger Volkszeitung“ eine Nacht-HO-Gaststätte. Sportler der Sektion Ringen des Sportklubs Lokomotive erklärten in der gleichen Zeitung: „Durch ungehörliche Tänze amerikanischen Musters hatten unsere Kollegen Kanis und Wichmann den guten Ausklang des Pressefestes gestört und damit die werktätigen Besucher provoziert. Arbeiter dulden aber keine Kudamm-Manieren. Wir distanzieren uns von solcher Handlungsweise, die nicht Ausdruck sozialistischer Moral, sondern nur die Wirkung imperialistischen Gifts ist. Durch vorbildliche Aufbau- und Sportarbeit wollen wir uns verpflichten, Vertrauen wiederzugewinnen und sozialistische Sportler zu werden wie unser Vorbild Werner Seelenbinder.“

Die Karl-Marx-Universität sucht nur Arbeiter. Für die Fachrichtungen Human- und Zahnmedizin, Pharmazie, Physik und für die Ausbildung als Mittelschullehrer sollen sich junge Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich in der Produktion bewährt haben, melden. Zur gleichen Zeit werden Söhne von Ärzten zum Medizinstudium abgelehnt, auch wenn sie die besten Schüler ihrer Klasse waren.

HALLE

Kampf dem „wildem“ Sport. Gegen das „wilde“ Sportlertum in den Straßen und auf den Plätzen der Stadt wollen die Sportfunktionäre den Kampf führen. Auch Nichtmitglieder

der Sportvereine sollen Gelegenheit bekommen, unter Anleitung Sport zu treiben. Auf diese Weise könne man die Jugendlichen „erfassen“ und zur gesellschaftlichen Mitarbeit heranziehen.

Auf Kundgebungen in Halle sagten SED-Redner, jeder einzelne müsse zu glühendem Haß gegen die Amerikaner und westlichen Imperialisten erzogen werden. „Die deutschen Militaristen und Faschisten in Bonn seien die größte Gefahr für die Menschheit und schändeten in aller Welt den deutschen Namen.“

Luftschutz als „Kampf um den Frieden“. Bis 30. September 1958 soll im Bezirk Halle der Luftschutz aufgebaut sein. Gegenwärtig scheitern die Pläne noch am Mangel freiwilliger Helfer.

CHEMNITZ

Man erkennt sie am Rucksack? Die „Volksstimme“ (SED) schrieb in diesen Tagen: „Das sicherste Zeichen, einen Urlauber zu erkennen, ist der Rucksack. Weshalb? Wollte das Großhandelskontor für Lederwaren die Rückenmuskulatur der Urlauber stärken? In ganz Karl-Marx-Stadt (wie vorübergehend Chemnitz genannt wird) gibt es zur Urlaubszeit in allen einschlägigen Geschäften keine größeren Koffer.“ In allen Schuhverkaufsstellen der HO-Industriewaren Magdeburgs gibt es jedoch zur Zeit ein Sonderangebot: „Lederkoffer mit kleinen Fehlern, nur 45,90 Mark.“

Die Hausobleute sind angewiesen, alle Personen, die sich weigern, freiwillig am Nationalen Aufbauwerk teilzunehmen, an die Haustafel anzuschreiben.

Im Marmorpalast findet regelmäßig der gemütliche Damenkaffee mit Tanz statt. Im „Klubhaus Fritz Heckert“ läuft ein großes Kabarettprogramm unter dem Motto: „Nee, nee, das Leb'n is doch scheen“, ausgeführt von den Dresdener Herkules-Käulchen, mit anschließendem Tanz bei einem Eintrittspreis von 2,55 Mark.

Größtes technisches Hochschulzentrum

Endlich Erweiterung und Ausbau der Technischen Universität in Berlin

D. Berlin (Eigenbericht). Als kürzlich der Grundstein auf dem Gelände zwischen Marchstraße, Einsteinufer und Straße des 17. Juni gelegt wurde, war das nur eine symbolische Handlung. Denn dieser Grundstein wird sich später nicht innerhalb eines der neuen Gebäude der Technischen Universität befinden. Vielmehr ist er das Symbol für eines der größten Bauprojekte, das eine moderne Universität jemals im Herzen einer Großstadt begonnen hat. Die Stelle, an der der Grundstein gelegt worden ist, soll später durch eine massive Bronzeplatte, die sich inmitten eines grünen Hofes befindet, zu erkennen sein.

Sorgen der „Praktiker“

Unter welchem Platzmangel Professoren und Studenten der Technischen Universität seit Kriegsende leiden, ist schon lange bekannt. Gerade bei einer Universität, die vorwiegend „Praktiker“, also technische Akademiker, ausbildet, sind die Arbeitsplätze die Grundvoraussetzung für ein Studium. Und daran haperte es mehr, als zu verantworten war. Je mehr die Technik fortschreitet, desto größer werden die Anforderungen, so daß auch das Stammgelände der Technischen Universität niemals ausgereicht hätte.

Aber zunächst galt es, die bis zu 50 Prozent im Kriege zerstörten ursprünglichen Gebäude wiederaufzubauen. Dann wurden einige, wenn auch sehr wenige Neubauten in Angriff genommen. So das Institut für Bergbau und Hüttenwesen, das an dem Begrenzungszipfel der Hardenbergstraße zum Ernst-Reuter-Platz entsteht und von dem man hofft, daß es im nächsten Sommer fertiggestellt ist.

„Einmalige Gelegenheit...“

So verheerend die Zerstörungen des Krieges sich auf den Betrieb der Universität ausgewirkt haben, so sehr begünstigen sie nun die Ausdehnung. „Wir haben eine einmalige günstige Gelegenheit, auf einem durch Kriegseinwirkung freigewordenen Gelände in nächster Nähe der Stammgebäude die

für uns notwendigen Institute zu errichten“, sagte uns der Prorektor Professor Dübbers, der als Ordinarius für Architektur im Zusammenwirken mit den Mitarbeitern seiner Fakultät die Baupläne entworfen hat. Übrigens besteht auch für sein Fach, wenn auch erst in späterer Zeit, die Hoffnung, auf dem neuen Gelände ein eigenes Institut zu besitzen.

Auf rund 75 000 qm

Das neue Gelände umfaßt rund 75 000 Quadratmeter und ist damit größer als das Stammgelände. Natürlich werden sich die Arbeiten über Jahre hinziehen. Die Technische Universität würde sich zwar freuen, wenn hintereinander gebaut werden könnte, so daß in fünf bis sechs Jahren alles steht. Aber man ist nüchtern genug, um eine Bauzeit von insgesamt zehn Jahren einzukalkulieren. Denn was dort entstehen soll, kostet viel Geld. Man rechnet mit insgesamt 80 bis 100 Millionen. Für die nächsten drei Jahre stehen aber zunächst einmal nur 30 Millionen zur Verfügung. Auf der anderen Seite ist das Gelände noch nicht restlos geräumt. Verschiedene Wohnhäuser müssen erst abgerissen werden. Aber bevor das möglich ist, gilt es die Mieter umzusetzen, die Grundstücke zu erwerben usw. Die heute noch bestehende Bellstraße, die quer durch den Komplex führt, fällt später fort.

Institut für Wasserbau

Sofort begonnen wird mit dem Bau des Institutes für Wasserbau, einem langgestreckten Gebäude an der Straße des 17. Juni, in dem sich später eine 100 m lange Halle mit drei Wasserrinnen für Versuche befindet. Weiter gehören zu den ersten Komplexen das Institut für Hochspannungstechnik, das zusammen mit dem Wasserbauinstitut und dem für technische Chemie, letzteres wird an die Meisterschule für das Kunsthandwerk angefügt, die Umrahmung des grünen Hofes bildet. Allerdings muß das Institut für technische Chemie noch warten. Dafür wird vorgezogen

das Institut für Luftfahrttechnik. Für die damit verbundenen Fächer hat man bereits drei Berufungen ausgesprochen; aber zum Teil arbeiten die Wissenschaftler noch in Paris, weil in Berlin keine Möglichkeit besteht. Mit diesem Bau hofft man im Frühjahr zu beginnen, ebenso mit dem Bau des Hörsaals der Fakultät für Elektrotechnik, dessen 800 Sitzplätze nicht nur den Studenten dieser Fakultät zur Verfügung stehen sollen.

Zu dem Elektrokomples gehört ebenfalls das Hochhaus für Fernmelde- und Hochfrequenztechnik, das den Blickfang des ganzen Komplexes bildet. Direkt am Ernst-Reuter-Platz ist ein Bau vorgesehen, in den wahrscheinlich die nicht zur Technischen Universität direkt gehörenden Institute für Städtebau und für industrielle Formgebung einziehen. Man ist sich heutzutage darüber klar, daß das städtebauliche Studium allein nicht ausreicht. Die Praktiker sollen hier einen Ort finden, um sich weiterzubilden.

Schalltoter Raum

Hinter dem Institut für Wasserbau wurde ein Gelände für das Institut für Baumaschinen und Fördertechnik freigehalten. Ob dort eine flache Halle entsteht, ist noch fraglich. In Richtung Marchstraße befindet sich außerdem das Institut für Heizung und Lüftung. Die TU hat als einzige deutsche Universität einen derartigen Lehrstuhl. Er ist um so wichtiger, als es sehr wenig Spezialingenieure für die immer dringender werdenden Probleme der Heizung und Entlüftung gibt. Man hofft, diesem wichtigen Fach 1960 eine Heimstatt geben zu können.

Dagegen soll so bald wie möglich mit dem Bau des Instituts für allgemeine Verfahrenstechnik und Kernverfahrenstechnik, ebenfalls an der Marchstraße gelegen, begonnen werden. Gerade das Fach der Kernverfahrenstechnik gewinnt immer mehr an Bedeutung.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Njet zur Gipfelkonferenz

Moskau jetzt für Sondersitzung der UN-Vollversammlung

Moskau/Washington (ap/dpa). Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow hat am Dienstag in seiner Antwort auf die jüngsten Noten der Westmächte eine Kehrtwendung vollzogen. Er verwarf seinen eigenen Vorschlag, die Regierungschefs der Großmächte sollten auf einer Gipfelkonferenz über die Lösung der Nahostkrise beraten, lehnte auch den bisher akzeptierten westlichen Vorschlag einer Gipfelkonferenz im Rahmen der UN ab und forderte statt dessen eine Sondersitzung der UN-Vollversammlung, auf der über den Abzug der britisch-amerikanischen Landungstruppen beraten werden soll. Als Gegenzug zu dieser sowjetischen For-

derung entschlossen sich die USA noch am Dienstagabend, eine Sondersitzung der UN-Vollversammlung über den Libanon zu verlangen, auf der die Klage des Libanon wegen einer Einmischung der Vereinigten Arabischen Republik in seine inneren Angelegenheiten erörtert werden soll. Die neue sowjetische Taktik wird in den westlichen Hauptstädten als Ergebnis der viertägigen Besprechungen Chruschtschows mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Mao Tse-Tung gewertet, zumal Moskau jetzt zum ersten Male seit Beginn des west-östlichen Notenwechsels die Beteiligung Rotchinas an künftigen Entscheidungen forderte.

Gomulka gegen Kirchenkampf

Vorgänge in Jasna Gora — Feindliche Haltung in Ostberlin

Berlin (Eigenbericht). Ohne Ergebnis sind offenbar die Verhandlungen zwischen Staat und Kirche in Warschau geblieben. Zu diesen Verhandlungen der „Gemischten Kommission“, in denen die Vorgänge von Jasna Gora und die dadurch entstandenen Spannungen zwischen Kirche und Staat beigelegt werden sollten, hatte der Minister für Kirchenfragen, Sztachelski, eingeladen. Nach allen bisher aus Polen eingegangenen Informationen handelt es sich bei diesen Spannungen um sachliche Gegensätze, die noch keine generelle kirchenfeindliche Haltung des Gomulka-Regimes erkennen lassen. Allem Anschein nach befürchtet Gomulka vielmehr, daß die katholische Kirche Polens zu sehr erstarbt und zu große Selbständigkeit erlangt. Seine Bestrebungen laufen darauf hinaus, sie in ihrer Tätigkeit und Wirkung einzuzengen.

Deutlich zeige sich darin der Unterschied zu den Vorgängen in der Sowjetzone, stellt man in Westberlin fest. Die Verhaftung der vier Jesuiten in Ostberlin sei ganz eindeutig eine von prinzipiell kirchenfeindlichen Erwägungen bestimmte Aktion. Die Tatsache, daß bis

heute noch nichts über den Verbleib der vier Patres und die Verhaftungsgründe bekannt sei, unterstreiche diesen Unterschied zu Polen. Man verweist in diesem Zusammenhang auch auf den Diskussionsbeitrag Max Reimanns auf dem 5. Parteitag der SED. Der Kommunistenführer hatte dort der katholischen Kirche und besonders den Jesuiten „Verfälschung der Geschichte, betrügerische Entstellung des Marxismus-Leninismus und Zerstückung des Klassenbewußtseins der Arbeiter mit Hilfe der christlichen Soziallehre“ vorgeworfen.

Schörner im Gefängnis

München (dpa). Der ehemalige Generalfeldmarschall Schörner ist am Montag im Gefängnis Landsberg am Lech eingetroffen, um seine Strafe von vier-einhalb Jahren zu verbüßen. Der 67 Jahre alte Schörner war im Oktober vorigen Jahres vom Münchener Schwurgericht des vollendeten Totschlags in einem Fall und des versuchten Totschlags in zwei Fällen schuldig gesprochen worden. Die Revision hatte das Karlsruher Bun-

desgericht am 25. Juli verworfen. Rechtsanwalt Moser hat inzwischen das Gesuch um Wiederaufnahme des Strafverfahrens beim Münchener Landgericht eingereicht. Damit verbunden ist ein Antrag, die Strafvollstreckung vorerst aufzuschieben.

Privatunternehmer gekauft

Berlin (Eigenmeldung). Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen hat sich, wie Staatssekretär Thedieck im RIAS mitteilte, mit der Frage der staatlichen Kapitalbeteiligung an Privatbetrieben in der Sowjetzone befaßt. Er sei dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Beteiligung nichts weiter sei als ein „Mittel zur Sowjetisierung der mitteleuropäischen Wirtschaft“. Der Abschluß entsprechender Verträge müsse daher im Zusammenhang mit den in der Sowjetzone herrschenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen beurteilt werden.

Für den Fall der Wiedervereinigung hat der Forschungsbeirat, wie Thedieck weiter sagte, empfohlen, die durch staatliche Beteiligung gebildeten Kommanditgesellschaften nach der Wiedervereinigung „mit dem Ziele der Wiederherstellung des Privateigentums und der Rechtsstaatlichkeit umzugestalten und einer im Grundsatz marktwirtschaftlichen Ordnung anzupassen“. Die Art dieser Umgestaltung müsse sich nach den Verhältnissen des einzelnen Falles richten und der Vereinbarung der Beteiligten überlassen bleiben. Dabei solle sowohl das private als auch das öffentliche Interesse gegeneinander abgewogen werden.

Die Entscheidung, ob sie die staatliche kommanditistische Beteiligung annehmen sollen, könne den Privatunternehmern jetzt nicht abgenommen werden. Aber sie sollten wissen, daß der Druck, unter dem sie handeln müssen, in der Bundesrepublik genau bekannt sei. Die Feststellungen und Empfehlungen des Beirates zeigten, daß bei den Vorbereitungen für eine Wiedervereinigung in Freiheit ihrer Lage Rechnung getragen werde.

Fanfani erläutert Nahost-Plan

Wirtschaftshilfe im Rahmen der UN — Garantie für Israel

Bonn (ap/dpa). Der italienische Ministerpräsident Fanfani hat sich im Anschluß an eine mehrstündige Besprechung mit Bundeskanzler Adenauer für ein Hilfeprogramm der UN zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder im Nahen Osten ausgesprochen. Nach italienischer Ansicht sei ein solches Hilfeprogramm das geeignete Mittel für die Befriedung dieses Gebietes. Über die Modalitäten einer solchen Hilfe und über die Frage, nach welchen Gesichtspunkten sie gegeben werden sollte, könnten am besten die UN befinden.

Auf die Frage, ob eine Wirtschaftshilfe an arabische Länder mit einer Garantie der Existenz des Staates Israel verbunden sein müsse, sagte Fan-

fani, er könne sich keine Befriedung in dieser Region vorstellen, an deren Anfang die Auslöschung eines Staates stehe.

In Beantwortung einer Frage sagte Fanfani weiter, Italien sei für die Hilfeleistung an die arabischen Völker im Rahmen der Vereinten Nationen, obwohl dies bedeute, daß auch die Sowjetunion dabei ein Mitspracherecht habe.

In dem offiziellen Kommuniqué wurde später erklärt, es seien alle sich aus der weltpolitischen Lage ergebenden Fragen erörtert worden. Beide Regierungschefs sprachen die Hoffnung aus, daß durch die Praxis der wechselseitigen Konsultationen „die Voraussetzungen für eine wirksame Verbesserung der internationa-

len Lage und der Beziehungen der Völker zueinander geschaffen werden könne“. Sie gaben weiterhin ihrer Zuversicht Ausdruck, „daß besonders auf der Basis gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse von der Dauer die Unabhängigkeit der freien Völker gesichert werden kann“.

Gegen Gewissenszwang

Berlin (dpa). Der evangelische Bischof von Berlin, D. Dr. Otto Dibelius, wandte sich in einer Predigt in der Ostberliner Marienkirche gegen jeden Gewissenszwang und die materialistische Gesinnung in der Welt. „Nach Gottes Willen soll der Mensch etwas anderes sein als bloß ein Faktor im Produktionsprozeß“, sagte der Bischof. Der Wert eines Menschenlebens hänge gewiß nicht davon ab, ob er etwa sein Arbeitssoll zu 150 Prozent erfüllt habe. Gott wolle freie und fröhliche, an ihn gebundene Menschen. Dazu könne auch das Geld helfen, wenn es „sauber“ sei und wenn es in „gute Kanäle“ fließe. Unter dem Hinweis auf die gewaltigen Aufwendungen, die überall in der Welt für militärische Zwecke gemacht, und auf die Milliarden, die heute für Genußmittel und oberflächlichsten Genuß ausgegeben werden, betonte Dibelius, es könne nicht die Aufgabe der Kirche Christi sein, bestehende Verhältnisse zu verteidigen. Die Kirche hätte vielmehr die Aufgabe, dazu beizutragen, daß sich „diese irrsinnigen Verhältnisse“ ändern,

„Atlas“ flog 4 000 Kilometer

USA erprobten Interkontinental-Rakete

Kap Canaveral (ap/dpa). Nach mehreren mißlungenen Versuchen haben die US-Luftstreitkräfte erstmals eine interkontinentale Rakete vom Typ „Atlas“ erfolgreich erprobt. Das 100 Tonnen schwere Geschöß stieg vom Versuchsgelände Kap Canaveral 50 Sekunden lang steil in die Höhe, bevor es eine mehr horizontale Flugbahn einnahm. Mit einer Anfangsgeschwindigkeit von annähernd 24 000 km/st trat es den auf 4000 Kilometer Entfernung angesetzten Flug durch den Weltraum an und schlug später in seinem vorausberechneten Zielgebiet im Atlantik auf.

Angesichts des erfolgreichen Versuchs vertreten Sachverständige die Ansicht, daß die USA in Kürze über das erste Interkontinentalgeschöß der freien Welt mit einer Reichweite von 10 000 Kilometern verfügen werden. In Kap Canaveral rechnet man damit, daß der erste Versuch mit einer Atlas-Rakete über eine Reichweite von 9000 Kilometern im Laufe der nächsten zwei Monate durchgeführt wird.

Auf dem US-Raketenversuchsgelände sind gegenwärtig amerikanische Wissenschaftler und

Techniker an den Arbeiten für eine Mondrakete beschäftigt. Es wird angenommen, daß ihr Start zwischen dem 15. und 19. August erfolgt, wenn der Mond mit einer Entfernung von rund 350 000 Kilometern seine größte Erdnähe erreicht. Für den Versuch wurde eine Dreistufenrakete entwickelt, die den mit hochempfindlichen Instrumenten ausgerüsteten Raketenkopf in etwa 60 Stunden zum Mond bringen soll.

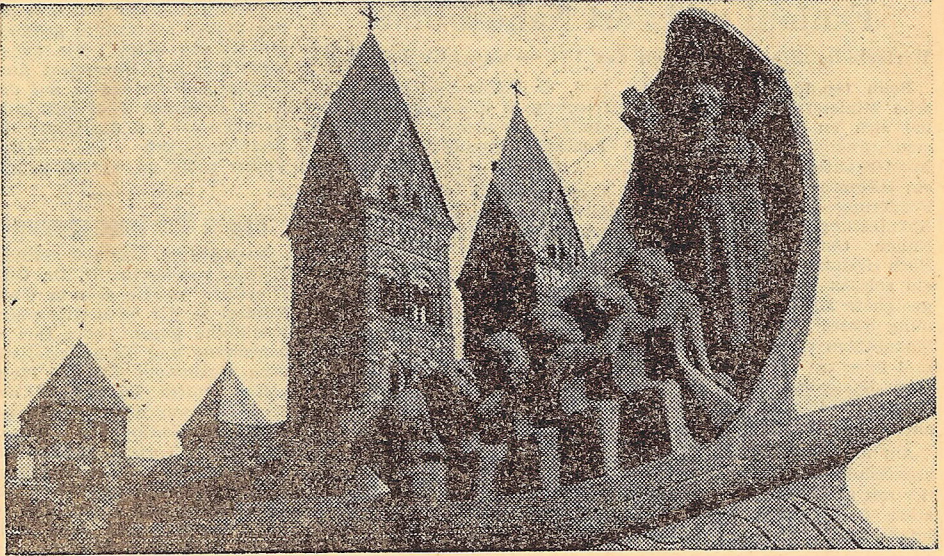
Vierter US-Satellit umkreist die Erde

17,4 kg schwer — „Explorer IV“ überfliegt auch Sowjetunion

Kap Canaveral (ap). Die USA haben ihren vierten Erdsatelliten erfolgreich in den Weltraum geschossen. Der mit einer Rakete vom Typ „Jupiter C“ in seine Kreisbahn um die Erde beförderte „Explorer IV“ wiegt 17,4 Kilogramm und ist damit um 6 Pfund schwerer als sein Vorgänger. Er hat eine Länge von 2,03 Metern und einen Durchmesser von 15 Zentimetern. Seine Endgeschwindigkeit soll 29 000 Stundenkilometer betragen. Zwei eingebaute Sender werden voraussichtlich zwei Monate lang die Meßergebnisse der vor allem für

die Erforschung der Korpuskularstrahlung im Satelliten untergebrachten Instrumente zur Erde übermitteln. Die ersten Funkzeichen des Satelliten wurden bereits drei Stunden nach dem Start von amerikanischen Wissenschaftlern aufgefangen.

Während die früheren amerikanischen Erdsatelliten in südöstlicher Richtung von Florida aus gestartet wurden, ist „Explorer IV“ in nordöstlicher Richtung abgeschossen worden. Er wird auf seiner Kreisbahn unter anderem auch die Sowjetunion überfliegen.



BILDER DER WOCHE: Oben: Eine Schutzmantelmadonna als Segelschiff steht aus schiefergrauem Kunststein vor dem Andernacher Liebfrauenturm am Rande eines neuengerichteten Kinderspielplatzes. — Unten: Weltrekord bedeutete dieser Hochsprung der Rumänin Balas, die bei den Vorbereitungen für die Europa-Meisterschaften (19. bis 24. August in Stockholm) 1,81 m übersprang.

